

Kampf gegen Teuerungswelle '94

LÖHNE RAUF - PREISE RUNTER!

Sozialistische Linkspartei / SPÖ
Österreichische Sektion des CIVICUM
Kornbrunnstraße 14/11, A-1070 Wien
Tel. 01/524 63 10 Fax 01/524 63 11
E-Mail: sls@gnix.at

1994 - eine gewaltige Welle von Preissteigerungen rollt auf uns zu. Bei Post, Banken, Benzin, Rundfunk und Fernsehen, in Wien auch noch bei den Preisen der öffentlichen Verkehrsmittel, überall wird kräftig angehoben. Das einzige, was wieder einmal nicht steigt, sind die Löhne. Im Gegenteil, die Lohnabschlüsse lagen deutlich unter der Inflationsrate - es gibt Reallohnverluste. Dazu kommen noch Kürzungen bei den Sozialleistungen.

Es ist das alte Lied im neuen Jahr. Von den „Kleinen“ wird genommen, die „Großen“ läßt man in Ruhe. Denn die meisten der Erhöhungen - Post, Rundfunk und Fernsehen, Verkehrsmittel - steigen für alle gleich und treffen damit natürlich normale Arbeiter und Angestellte viel stärker als Großverdiener und Unternehmer. Und sogar hier wird noch nachgeholfen. Die Post z.B. erhöht die Gebühren durchschnittlich um 6,7 %, Inlandsbriefe werden ab 1.1. um fast 10 % teurer, kosten jetzt 6 Schilling, Massensendungen bleiben von der Erhöhung allerdings ausgenommen. Die Zeitungs- und die Werbeindustrie bedanken sich recht herzlich.

Steuergeschenke für Reiche

Und sonst? Für 1994 war eine Steuererhöhung für Hausbesitzer und Grundeigentümer geplant - sie wurde abgeblasen. Damit die Wirtschaft gesundet, heißt es. Wir sollen den Unternehmern die Rationalisierungsmaßnahmen auch noch bezahlen, die unsere Arbeitsplätze kosten. In den fetten Jahren hieß es: Keine hohen Lohnabschlüsse, der Aufschwung darf nicht gefährdet werden: „Maßvolle Lohnrunden, es müssen Rücklagen gebildet werden.“ Und jetzt sollen wir wieder an ihre Zukunft denken, statt an unsere Gegenwart. Wann ist eigentlich die Zeit für hohe Lohnabschlüsse? Wann eigentlich der Zeitpunkt, um zumindest ein so

großes Stück vom Kuchen zu bekommen, daß es sich lohnt, es zu essen? Wenn es nach den Bossen und der Regierung geht, offensichtlich niemals. Gleichzeitig steigen die Ausgaben immer mehr. Die Rundfunk- und Fernsehgebühr steigt von 154,50 auf 180 Schilling (Das sind 16%). Der Richtsatz für die Gebührenbefreiung steigt um 7% auf 8400 Schilling für Einzelhaushalte. Die Tarife der ÖBB sind bereits am 1.12.93 um durchschnittlich 3,95% angehoben worden. Die Jahresnetzkarte der Wiener Verkehrsbetriebe kostet künftig 4.700 Schilling - eine Steigerung von fast 7%. Die meisten Netzkartenbesitzer brauchen diese Karte aber, um zur Arbeit zu kommen. Diese 4.700 Schilling bedeuten also eine direkte Lohnminderung. Und bei einem durchschnittlichen Gehalt bedeutet das fast 2% Lohnverlust. Und für die, die nicht bereit sind, die Tarifierhöhung mitzutragen, hat man sich etwas besonderes einfallen lassen. Verschärfte Kontrollen, Polizeiunterstützung und 20% mehr Strafe (500 statt bisher 420 Schilling) für Schwarzfahrer. Ganz klar - es wird wieder einmal kräftig von unten nach oben umverteilt. Und das zeigt seine Auswirkungen.

Sie wollen das wir zahlen!

Laut einer zu Jahresbeginn veröffentlichten Umfrage haben ungefähr ein Drittel der Österreicher den Vor-

satz, in diesem Jahr mehr zu sparen. Dieses Drittel kommt vor allem aus einkommensschwächeren Bevölkerungsschichten. Das heißt, es sind ganz normale Arbeiter, Angestellte und Jugendliche, die die Daumenschrauben der Krise am stärksten spüren.

SPÖ und ÖGB biedern sich an

Und was sagen die Parteien dazu? Vranitzky läßt in regelmäßigen Abständen ein „es wird keinen Sozialabbau geben“ hören. Daß er diesen selbst schon seit Jahren praktiziert, verschwieg er wohlweislich. Die Grünen hüllen sich in Schweigen - und die Gewerkschaften schließen Lohnrunden längst nur mehr mit „Augenmaß“, sprich 2-3% - also unter der Inflationsrate - ab. Der Applaus der Bürgerlichen von ÖVP über FPÖ bis zum Liberalen Forum ist ihnen sicher. Deren Hintermänner in den Chefetagen sind wieder einmal gut davon gekommen.

Wie lange sollen wir noch warten, bevor wir uns holen, was uns zusteht? Dieses Gesellschaftssystem hat uns nichts mehr zu bieten, außer Ausbeutung, Armut und schlechteren Lebensbedingungen in allen Bereichen. Wir brauchen ein anderes. Dabei können wir uns nur auf uns selbst - Arbeiter, Angestellte und Jugendliche - verlassen. Es gilt, etwas zu tun. Jetzt!

Michael Bonvalot



Wir fordern:

- ★ Gleitende Lohnskala (Anpassung der Löhne an die Preissteigerung)
- ★ Kein Lohnverzicht
- ★ Preisstopp
- ★ Wirkliche Lohnerhöhung, die den Lebensstandard verbessert!

Der Standpunkt:

Der österreichische Kapitalismus befindet sich in der Krise. Ein neu erlangener Aufschwung, wie nach '45 ist nicht in Sicht. Der Spielraum für staatliche Interventionspolitik hat sich drastisch reduziert. 1 Billion Schilling werden 1994 den absoluten Verschuldungsrekord markieren. Aber nicht diese Periode wird durch immer kürzere "Hochs", die von tendenziell immer längeren "Tiefs" abgelöst werden, geprägt sein. Es handelt sich um eine strukturelle Krise eines kranken Systems.

Unternehmern die Sozialpartner schenkt, weil sie ihre Angriffe gegen die Beschäftigten direkter durchsetzen können. Immer wieder preschen einzelne ÖVP-Politiker mit Koalitionswünschen Richtung FPÖ vor. Diese "Spaltung" ist ebenso wie die Gründung des Liberalen Forums Rekord markieren. Aber nicht diese Periode wird durch immer kürzere "Hochs", die von tendenziell immer längeren "Tiefs" abgelöst werden, geprägt sein. Es handelt sich um eine strukturelle Krise eines kranken Systems.

Die Kosten für diese Krise soll, wenn es nach dem Willen der Unternehmer geht, die Arbeiterschaft bezahlen. Die letzten Lohnrunden 2-3%, bei Teuerungen in vielen Bereichen um 5-10% (Post, Bahn, Gesundheitswesen), ebenso wie die Kürzungen bei Arbeitslosen und Karenzrenten bedrohen die existenzielle Reallohnverluste. Die SPÖ- und ÖGB-Führung haben diese Angriffe auf unseren Lebensstandard voll mitgetragen. Das hat, zusammen mit diversen Korruptionsfällen, vor allem unter Jugendlichen zu berechtigtem Haß und Ablehnung gegenüber dem etablierten System geführt. Doch während die meisten Linken angesichts dieser Fragen den Kopf in den Sand stecken, gelingt es den Rechten in dieses politische Vakuum zu stoßen. Eine Schlüsselrolle spielt dabei die FPÖ, die Probleme aufgreift und mit ausländischer Propaganda verbindet. Sie schafft, als der rassistische Hauptheizer, ebenso wie die ausländischerfeindlichen Löschnack-Gesetze den politischen Boden, auf dem sich Briefbombenattentäter und Kollaborateure in der FPÖ bevorzugen. Die SPÖ/ÖVP-Regierung sorgt für Stabilität, während die FPÖ durch ihre "kantige" Opposition Stimmkraft in der Bürgerlichen rettet. Doch nach der EG-Volksabstimmung könnte das Blatt schnell umwendet sein. Schon jetzt umgeben Gruppen von

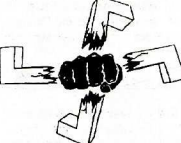
Unternehmern die Sozialpartner schenkt, weil sie ihre Angriffe gegen die Beschäftigten direkter durchsetzen können. Immer wieder preschen einzelne ÖVP-Politiker mit Koalitionswünschen Richtung FPÖ vor. Diese "Spaltung" ist ebenso wie die Gründung des Liberalen Forums Rekord markieren. Aber nicht diese Periode wird durch immer kürzere "Hochs", die von tendenziell immer längeren "Tiefs" abgelöst werden, geprägt sein. Es handelt sich um eine strukturelle Krise eines kranken Systems.

Die Kosten für diese Krise soll, wenn es nach dem Willen der Unternehmer geht, die Arbeiterschaft bezahlen. Die letzten Lohnrunden 2-3%, bei Teuerungen in vielen Bereichen um 5-10% (Post, Bahn, Gesundheitswesen), ebenso wie die Kürzungen bei Arbeitslosen und Karenzrenten bedrohen die existenzielle Reallohnverluste. Die SPÖ- und ÖGB-Führung haben diese Angriffe auf unseren Lebensstandard voll mitgetragen. Das hat, zusammen mit diversen Korruptionsfällen, vor allem unter Jugendlichen zu berechtigtem Haß und Ablehnung gegenüber dem etablierten System geführt. Doch während die meisten Linken angesichts dieser Fragen den Kopf in den Sand stecken, gelingt es den Rechten in dieses politische Vakuum zu stoßen. Eine Schlüsselrolle spielt dabei die FPÖ, die Probleme aufgreift und mit ausländischer Propaganda verbindet. Sie schafft, als der rassistische Hauptheizer, ebenso wie die ausländischerfeindlichen Löschnack-Gesetze den politischen Boden, auf dem sich Briefbombenattentäter und Kollaborateure in der FPÖ bevorzugen. Die SPÖ/ÖVP-Regierung sorgt für Stabilität, während die FPÖ durch ihre "kantige" Opposition Stimmkraft in der Bürgerlichen rettet. Doch nach der EG-Volksabstimmung könnte das Blatt schnell umwendet sein. Schon jetzt umgeben Gruppen von

Aufenthaltsgesetz: WEG DAMIT

Nach 6 Monaten zog Löschnack Bilanz über das Aufenthaltsgesetz. "Alles in Ordnung", sagte er, denn bei Härtefällen war man eh kulant. Nichts ist in Ordnung sagen wir, denn dieses Gesetz brachte bereits jetzt viele Probleme für ausländische Kolleginnen.

schärfung des Gesetzes nicht interessiert. Klar - durch dieses Machwerk können die Unternehmer und die Regierung bestimmen, wie viele und vor allem welche Ausländer (jung, stark, männlich, keine Familie, spezielle Ausbildung) nach Österreich dürfen. AusländerInnen werden nach Nützlichkeit für die Kapitalisten beurteilt und dementsprechend ausgesucht. Graff & Co geht es nur darum, liberale und christliche WählerInnen zu beruhigen. Auch Grüne und „SOS-Mitmenschen“ treten nicht wirklich für eine Veränderung ein. Bei der einzigen SPÖ-Aktion zum Gesetz, forderten sie „vernünftige Ausländergesetze“. Es kann aber keine „vernünftigen“ Ausländergesetze geben. Denn jedes Gesetz, das AusländerInnen und inländische ArbeiterInnen unterschiedlich behandelt, ist diskriminierend, rassistisch und undemokratisch. Durch diese Gesetze werden immer mehr AusländerInnen in die Illegalität gedrückt. Dadurch erst werden sie zur Billigkonkurrenz auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt für die österreichischen KollegenInnen. Dann werden sie zum Stundelohn für soziale Probleme gestempelt. Solange das Gesetz in der öffentlichen Diskussion war, konnte eine härtere Durchsetzung weitgehend verhindert werden. Aber in den



entscheidenden Fragen: 1) Gesetzliche Möglichkeit für Massenabschiebungen 2) Möglichkeiten für extreme Beamtenwillkür durch großen Spielraum bei der Gesetzesauslegung. Die ÖVP ist der Zivildienst nur zu kurz und sie spricht vom leichten Zivildienst, den nur die „Drückberger“ machen. Die Wiedereinsetzung der Gewissensprüfungskommission ist ein echter Rückschritt. Es wird zu weiteren Attacken auf die Rechte der Zivildienstler kommen. Der Großstrom zum Zivildienst (derzeit ca. 1/3 der männlichen Jugendlichen) hat bürgerliche Politiker und Militärs in Angst und Schrecken versetzt. Werte wie Vaterland und „dampf Befehle ausführen“ sind out. Die ÖVP will den Zivildienst verlängern, um ihn so unattraktiv zu machen. Am liebsten würden sie ihn gleich abschaffen. Die FPÖ fordert überhaupt gleich ein Berufsöf. Offensiv versucht Häider mit dieser politisch sehr gefährlichen Forderung Stimmengewinn einzufahren. Ein

Wegen einiger Vorfälle regt sich sogar im bürgerlichen Lager Protest. So sagte ÖVP-Justizsprecher Graf, das Gesetz sei inhuman und rechtsstaatswidrig. Doch dieser „Protest“ ist heuchlerisch. Die facto setzte man sich nur dafür ein, daß sich Ausländer die auf Grund von Fristversummung durch die Behörde ihre Aufenthaltsgenehmigung nicht rechtzeitig erteilt bekommen, nicht abgeschoben werden können. Außerdem soll die „6-Wochen-Klausur“ abgeschafft werden. Nun, wo diese Abänderung beschlossen werden soll, ist Graff zufrieden. Die Unternehmerpartei ÖVP ist an einer wirklichen Ent-

Österreichischer Kapitalismus befindet sich in der Krise. Ein neu erlangener Aufschwung, wie nach '45 ist nicht in Sicht. Der Spielraum für staatliche Interventionspolitik hat sich drastisch reduziert. 1 Billion Schilling werden 1994 den absoluten Verschuldungsrekord markieren. Aber nicht diese Periode wird durch immer kürzere "Hochs", die von tendenziell immer längeren "Tiefs" abgelöst werden, geprägt sein. Es handelt sich um eine strukturelle Krise eines kranken Systems.

Stoppt Fasslabend

Die SPÖ ist wieder einmal vor der ÖVP in die Knie gegangen. Bei den koalitionsreifen Scheingefechten geht es nur mehr darum, ob der Zivildienst auf 11 oder 12 Monate verlängert wird. Da es zur Zeit keine Einigung gibt, wird die Gewissensprüfungskommission wieder eingeleitet. Im Zuge der Zivildienstreform wurden ebenso wie angeordnete Bürgerkriegsübungen im wurde diese abgeschafft und der Zivildienst auf 10 Monate verlängert.



Es gab zwar noch den „körperlich anstrengenden“ Zivildienst, der nur 8 Monate dauern sollte, aber der wurde nur in ca. 5% angewendet. Die Bezahlung wurde in Richtung Präsenzdienst nach unten angehängert. Die Arbeitszeit des Zivildienstlers ist oft extrem lang. Es gibt zwar eine Arbeitszeitregelung (45 Wochenstunden), in „Ausnahmefällen“ kann die Dienstzeit bis zu 60 Wochenstunden betragen. Doch an diese Regelung halten sich Sozialinstitutionen kaum, weil diese meist selbst überlastet sind. Die Arbeitsbedingungen sind stark. Unzufriedene Arbeiter sind keine Selbstenheit. Trauer kommen noch häufige Nachschichten. Auch sind viele Zivildienstler krank, wenn sie billige Arbeitskräfte haben. „Ohne Zivildienst könnte vieles im Sozialbereich gar nicht aufrechterhalten werden“ geben auch einige Gesundheitspolitiker zu. Anstatt jahrelange Versäumnisse endlich nachzuholen, werden Zivildienstler als Lohndrücker mißbraucht.

Der ÖVP ist der Zivildienst nur zu kurz und sie spricht vom leichten Zivildienst, den nur die „Drückberger“ machen. Die Wiedereinsetzung der Gewissensprüfungskommission ist ein echter Rückschritt. Es wird zu weiteren Attacken auf die Rechte der Zivildienstler kommen. Der Großstrom zum Zivildienst (derzeit ca. 1/3 der männlichen Jugendlichen) hat bürgerliche Politiker und Militärs in Angst und Schrecken versetzt. Werte wie Vaterland und „dampf Befehle ausführen“ sind out. Die ÖVP will den Zivildienst verlängern, um ihn so unattraktiv zu machen. Am liebsten würden sie ihn gleich abschaffen. Die FPÖ fordert überhaupt gleich ein Berufsöf. Offensiv versucht Häider mit dieser politisch sehr gefährlichen Forderung Stimmengewinn einzufahren. Ein

Die soziale und politische Lage der Soldaten und Zivildienstler ist skandalös. Zivildienstler auf der einen Seite als rechtlose, billige Lückenbiller, Soldaten auf der anderen als rechtlose, billige Empfindungsflügel. Wir dürfen uns nicht in Zivis und Grundwehrdienstern spalten lassen, sondern müssen einen gemeinsamen Kampf für unsere Rechte organisieren. Die Gewerkschaftsjugend und die Sozialistische Jugend müssen jetzt aktiv werden und Widerstand und gemeinsamen Kampf von Zivis- und Präsenzdiensten initiieren. Die Probleme im Bundesheer dürfen nicht auf dem Rücken der Zivildienstler ausgetragen werden. Der Protest der SJ und ÖGI, der beim Boykott der „Gewissensprüfungskommission“ beginnt, muß auf der Straße, in die Schule und Uni getragen werden. Kampfmaßnahmen der Zivildienstler können der Ansatzpunkt für einen weitergehenden Kampf für soziale und demokratische Rechte von Soldaten und Zivildienstlern sein.

Michael Gehmacher

- Daher fordern wir:
- Lohnfortzahlung für Soldaten und Zivis bzw. 12.000,- Mindestlohn!
- 35-Stunden-Woche und 5-Tage-Woche für Soldaten und Zivildienstler und Urlaub!
- Demokratische Wahl aller Vorgesetzten, einschließlich der Möglichkeit jederzeitiger Abwahlbarkeit sowie auf allen Ebenen die Wahl von Komitees zur Interessensvertretung!
- Volle demokratische und gewerkschaftliche Rechte und Betätigungs-möglichkeit!

ÖMV: Kampf um jeden Arbeitsplatz!

Nun ist es die ÖMV soll möglichst schnell privatisiert werden. Vorerst um zusätzliche 20 bis 25% Mehrheitsverkauf (an ausländische Ölmultis) ist kein Tabu mehr. Als Argument für den geplanten weiteren Personalabbau und Privatisierung werden die 4,7 Milliarden Verlust der ÖMV gebracht. Ein Großteil dieses Verlustes (3,7 Milliarden) entsteht aber erst durch die Kosten des Personalabbaus (Abfertigungen) und Werberichtungen von Anlagen, die durch den Verkauf notwendig wurden - d.h. hier wird absichtlich mit falschen Zahlen argumentiert, um den Ausverkauf und die Kürzungen auf dem Rücken der Belegschaft zu rechtfertigen.

Der geplante Ausverkauf der ÖMV ist nicht erst eine Reaktion auf plötzliche Verluste, sondern die Fortsetzung eines jahrzehntelangen Kurses: Immer für den Profit der Kapitalisten. Seit dem 2. Weltkrieg wurde seitens der Unternehmer mit Hilfe der Regierung und Duldung der ÖGB-Führung die ÖMV zugunsten internationaler Konzerne, wie Mobil und Shell systematisch beschränkt und zurückgedrängt. So wurde z.B. verhindert, daß die ÖMV den österreichischen Vertrieb kontrollieren kann - erst in den 60er Jahren bekam die ÖMV auf Druck der Belegschaft einen eigenen Vertrieb (ELAN) dazu.

Ein großer Teil der Verluste ist durch Umstrukturierungen und sinnlose Käufe und Verkäufe inner- und außerhalb der Verstaatlichten entstanden. So wurde erreicht, daß die ÖMV in die Verlustzone rutschte - was sonst nicht so leicht möglich gewesen wäre. Nun wird zynisch argumentiert, daß nun den österreichischen Steuerzahler nicht mit Verlusten belasten könnte. Dem Ausverkauf steht so scheinbar nichts mehr im Wege.

„Restrukturierungsprogramm“ Vorher soll die Braut aber noch gehorig aufgezupft werden - mit einem „Restrukturierungsprogramm“. Dahinter verbirgt sich nichts anderes als weitere Angriffe auf die Belegschaft. Die Pensionen wurden bereits gekürzt, einige Sozialleistungen aufgehoben und das 15. Monatsgehalt für Neuaufnahmen gestrichen. Im letzten Jahrzehnt wurden bereits 40% (!) der Arbeitsplätze wegrationalisiert. Da in vielen Bereichen bereits Personalabbau herrscht, kann der Betrieb stellenweise nur mehr durch Leiharbeiterinnen aufrechterhalten werden, die nicht den Kollektivverträgen der Erdölindustrie unterliegen und daher auch nicht die Rechte genießen.

freigesetzt werden (550 in der ÖMV AG, 400 in der Chemie und 250 in der PC/D). Daß durch weiteren Personalabbau und Stilllegungen von Anlagen Kosten entstehen, die allein die Steuerzahler - also die Arbeitnehmern zu tragen haben, wird einfach verschwiegen. Die Gewinne der übrigen beiden Teile sollen dann in die Hände einiger weniger in- und ausländischer Kapitalisten fließen - die müssen ja nicht für das entstandene Arbeitslosentum aufkommen.

Aus dem Betrieb: Lehrling im Reisebüro

Karriere mit Lehre! Diesen Slogan hört man immer wieder. Doch wie es hinter den Kulissen in den Betrieben wirklich zugeht, zeigt uns der andere Bericht, den uns ein Lehrling aus einem Wiener Reisebüro zukommen ließ. Wenn einer eine Reise tut, dann kann er sie erleben. Doch wenn einer in einem Reisebüro arbeitet, wird er das für den Rest seines Lebens nicht vergessen. Die fortschreitende Wirtschaftskrise trifft besonders die Touristikbranche sehr hart, denn wer kein Geld hat, der kann auch nicht verreisen. Gleichzeitig sinken aber auch die Preise für Flüge und Fernreisen. Das ist vor allem auf die steigende Konkurrenz (mehr Linien fliegen dieselben Länder an) zurückzuführen. Für für Konsumenten? So sieht es aufre aus. Aber erstens kommt es, ebenfalls wegen der Konkurrenz, zu einer immer stärkeren Konzentration (also in Zukunft Richtung Mono-

Solidarität statt Spaltung

Durch ständige Umstrukturierungen und Schuldzuweisungen wird versucht, die Arbeitnehmer zu spalten. Den ÖMV-Arbeitnehmern wird vorgekauft, die Belegschaft der Chemie Linz und der PC/D sei schuld an der Krise. Wir dürfen uns nicht auseinanderdividieren oder durch kurzfristige Zugeständnisse beirren lassen. Durch Zuspäner oder Ausgliedern eines Betriebes wird der Rest nicht gerettet - im Gegenteil! Mit dieser Taktik wurden im letzten Jahrzehnt in der Verstaatlichten, hauptsächlich in der VOEST, 55.000 Arbeitsplätze abgebaut und ganz Österreich zu Industriehöfen mit tausenden Arbeitslosen degradiert. Für den Linzer Raum sagen selbst bürgerliche Wirtschaftsforer ähnliche Entwicklungen voraus.

Privatisierung, Kürzungen und Sozialabbau betreffen alle verstaatlichten Betriebe. Es ist daher notwendig, in und zwischen den Betrieben Informationen auszutauschen und gewerkschaftliche Kontakte zwischen den Arbeitnehmergruppen zu pflegen. Kampfmaßnahmen der Belegschaft sollten nicht isoliert bleiben, sondern zwischen den Betrieben koordiniert werden. Kann man durch Streik überhaupt etwas durchsetzen? - Viel schon, wenn Regierung und Kapital allein gegen 55.000 Arbeitnehmer der Verstaatlichten dastehen!

Wir müssen bereits zu lange zugeessen haben. Wir müssen uns mit aller Kraft dafür einsetzen, daß die Privatisierung und der Arbeitsplatzabbau beendet bzw. rückgängig gemacht werden. Wir müssen um jeden Arbeitsplatz in der ÖMV und in der gesamten Verstaatlichten kämpfen - und zwar, solange es sich noch gibt!

Andreas Koch, ÖMV-Betriebsrat

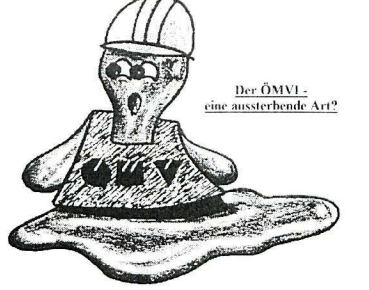
Nach wie vor extreme Unterschiede zwischen Geschlechtern

Nach dem Wiener Frauenbericht bekommen Arbeiter zwischen 33 und 43% mehr bezahlt als Arbeiterinnen. Mütterliche Angestellte verdienen zwischen 29 und 41% mehr als weibliche. Im Schnitt liegt das Einkommen der Männer um ein Drittel höher als das der Frauen.

Profil-Geschmacklosigkeit

Gerd Honzik, bekannter Rechts-extremist, der sich derzeit nach Verurteilung wegen NS-Wiederbetätigung im spanischen Exil befindet, wurde interviewt. So bekam er die Möglichkeit, seine ideologischen Aussprüche zu verbreiten, unter anderem, daß er in der israelischen Geheimdienst Mossad des Briefbombenterroris verdächtigt und daß er an der Existenz von Gaskammern zweifelt. „Verschönert“ ist das Interview mit 2 großen Bildern des Gründers des Antifaschisten-Netzwerkes „Halt“ und der Vergrößerung eines Satzes: „Ich habe Personen nicht mit Bomben attackiert, sondern mit Mittel des Geistes und der Demokratie“.

Kurz & Bündig



Gewerkschaftlicher Kampf um jeden Arbeitsplatz

Die Industriellenvereinigung hat vorgeschlagen, die beiden Feiertage „Christi Himmelfahrt“ und „ Fronleichnam“ auf Sonntage zu verlegen, um die heimische Wirtschaft konkurrenzfähiger zu halten. Außerdem will die Industriellenvereinigung eine Flexibilisierung der Arbeitszeit - eine höchstzulässige Arbeitszeit von 12 Stunden pro Tag (dafür sollte an anderen Tagen entsprechend weniger gearbeitet werden dürfen).

Fast 10% mehr Arbeitslose!

Ende 1993 waren bei den Arbeitsämtern 269.017 Arbeitslose vorge-meldet, das waren 9,5% mehr als im Vorjahr. Allein von November auf Dezember 1993 stieg die Arbeitslosigkeit von 7,1% auf 8,2%. Nach der neuen Berechnung steigt sie im selben Zeitraum um 4,2% auf 4,3%. Diese neue Berechnungsmethode verfälscht die Tatsachen und läßt alles in einem rosigeren Licht erscheinen, als es tatsächlich ist - wohl ein Grund, warum die Regierung die Änderung durchgeführt hat.

Ein Lehrling und Klassenmitglied

Wir lassen Dich nicht allein mit Deinem Boss! Wenn Ihr Ähnliches erlebt habt oder bei Euch andere Angriffe auf Lehrlings- und Arbeiterrechte vorkommen, dann schreibt einen Leserbrief an die VORWARTS - Redaktion (Ihr könnt auch anonym bleiben). Wenn Du aktiv gegen Unternehmern-tacken werden willst, komm in die Antifa-Lehrlings-gruppe!

Ein Lehrling und Klassenmitglied

Wir lassen Dich nicht allein mit Deinem Boss! Wenn Ihr Ähnliches erlebt habt oder bei Euch andere Angriffe auf Lehrlings- und Arbeiterrechte vorkommen, dann schreibt einen Leserbrief an die VORWARTS - Redaktion (Ihr könnt auch anonym bleiben). Wenn Du aktiv gegen Unternehmern-tacken werden willst, komm in die Antifa-Lehrlings-gruppe!

Vor 60 Jahren: Februar '34: Arbeiter gegen den Faschismus

Der 12. Februar 1934 war ein Signal für ganz Europa. Nachdem es den Faschisten in Deutschland gelungen war, an die Macht zu gelangen, ohne daß auch nur ein Schuß gefallen war, kämpften österreichische Arbeiter gegen die Austrofaschisten.

Die Februartage

Was war geschehen? Wie in den Monaten davor üblich, sollte auch am 12. Februar 1934 eine Handreichung in einem sozialdemokratischen Parteitag stattfinden - diesmal im Linzer Hotel Schiff. Doch diesmal war alles anders. Der Linzer Schubverband leistete bewaffnete

Von Manuela Tesak und Michael Bonvalot

Widerstand. Der große Aufstand blieb jedoch aus. Zwar wurde in Wien und einigen anderen Städten der Kampf gegen die Faschisten aufgenommen, doch alles erfolgte überheupt aus. Die Eisenbahner traten nicht in den Streik und so war es möglich, regierungstreue Truppen nach Wien zu bringen. Viele Schubverbände waren nicht bereit zu kämpfen, anderswärts wurden viele Schützverbände bereits vor dem 12. Februar verhaftet. Durch die mangelnde Koordination gab es auch immer wieder ganze Schützverbände, die kampfbereit auf den Ein-

schaften, Arbeiterportveine, Freizeitsport... - wurden zerschlagen. Tausende emigrierten und viele kamen nach Wöllersdorf. Dem Lager für politische Gefangene.

Viele Fragen beschäftigten uns noch heute. Warum wurde der Generalstreikaufruf der SDAP am 12. Februar nicht befolgt? Warum führten die Eisenbahner, einst Stütz der Sozialdemokratie. Warum beteiligten sich so wenige Schützverbände am Aufstand - wie konnte es also zu dieser Niederlage kommen? Wenn man versucht, die Ereignisse des Februar 1934 zu verstehen, darf man mit der Analyse nicht erst am Beginn der Kämpfe einsetzen.

Revolution 1918

Die Wurzeln für den Sieg der Austrofaschisten liegen tiefer. 1918 markierte eine große Streikbewegung, der Jännerstreik, den Beginn der österreichischen Revolution. Auch in Österreich-Ungarn bildeten sich, so wie in vielen anderen europäischen Ländern, Räte, die eine neue, eine sozialistische Gesellschaftsordnung herbeiführen wollten. Aber anders als in Rußland fehlte in Westeuropa eine starke und gut organisierte Partei wie die der Bolschewiki, die die Revolution durchzuführen hätte können. Ja nicht einmal eine kurzfristige Räte-

sonne im Herzen" war das Motto, unter dem die Gemeindebauten entstanden, mit Waschküche, Kindergarten, Konsum und SDAP-Sektion.



Justizplastrand 1927

Viel positives geschah auch in der Erziehung, im Gesundheitswesen... es gab Wäschepartei für werdende Mütter, Vorsorgeuntersuchungen für Kinder, Freibäder und vieles mehr. Finanziert wurde das alles durch die 'Breitner-Steuern', benannt nach Hugo Breitner, dem sozialdemokratischen Finanzstadtrat. Es waren stark ansteigende Steuern ('Progressivsteuern') auf Einkommen und Besitz, mit denen auch der kommunale Wohnbau finanziert wurde. Aber sie zeigten auch schon die Schwäche der SDAP. Es wurde nicht verstanden, wie die wirtschaftliche Machtstellung der Unternehmer gebrochen, sondern es wurde stückweise von Kuchem mitgeschneidert. Die SDAP wurde bei den ersten Wahlen bundesweit mit 40,76% stimmenstärkste Partei, in Wien bekam sie die absolute Mehrheit. Die wirtschaftliche Lage verschlechterte sich dennoch zusehends. Es gab Massenarbeitslosigkeit und damit zusammenhängend

Rotes Wien

Nachdem die SDAP in die Koalitionsregierung gegangen war und die revolutionäre Bewegung abgewigert wurde, saßen die Bürgerlichen wieder in der Regierung. In Wien propagierte die SDAP mit einem großangelegten Reformprogramm ihr Konzept vom 'Sozialismus in einer Stadt'. Zweifelloh hat das Rote Wien Modellcharakter. 'Licht in der Wohnung,



David Mann, SPÖ-Mitglied

eine zunehmende Radikalisierung in der Gesellschaft. Und die Bürgerlichen agierten immer frecher.

Realpolitik sah anders aus. Da sich die Polizei in einigen Wiener Bezirken nicht mehr blicken lassen konnte, stellte die SDAP Schützverbände als Hilfspolizisten auf. Im Parteivorstand ging die Anberodung sogar noch weiter, es wurde ernsthaft diskutiert, in eine Koalitionsregierung einzutreten. Die Katastrophe von 1927 war eine schwere Niederlage der österreichischen Arbeiterklasse.

Wirtschaftskrise

Der 'schwarze Freitag' 1929 war da, die Börse brach zusammen. Massenarbeitslosigkeit und Inflation führten zu enormer Frustration in der Arbeiterschaft. Die Arbeiterbewegung war endgültig in der Defensive. Die sozialdemokratische Führung schwieg über die Krise hinweg. Man versuchte aber doch radikalisierte, vor allem jüngere Parteimitglieder an der Abwanderung zur KPO und immer mehr zu den Nazis

darüber, daß sich die Arbeiterklasse bereits in der Defensive befand und organisatorisch abbrockelte. Kein Wort von den alarmierenden Stimmungswendungen der Heimwehfaschisten. Kein Wort auch daß, daß Sozialismus nicht durchs Parlament, sondern nur durch die Aktion der Arbeiter und durch die Zerschlagung des alten und den Aufbau eines neuen, demokratischen und sozialistischen Staatsapparates verwirklicht werden kann. Der Schützband hieß nicht umsonst 'Republikanischer', also die bürgerliche Republik beschützten, und das vielgeliebte 'Linzer Programm' von 1926 war nicht zufällig passiv. Die oft beschworene Phrase: 'Wenn sich aber die Bourgeoisie (der Machtansubung nach dem Wahlstreik der SDAP durch gleichzeitige herrschende, treten nachdem alle 3 Nationalratspräsidenten zurück, und die Abstimmung im Sinne ihrer Partei zu beeinflussen. Dies gab Bundeskanzler Dollfuß den Versatz, das Parlament aufzulösen. Der Schützband wurde in Alarmbereitschaft versetzt. Alle wartete auf den Befehl zum Angriff. Doch nichts passierte, auch diese vielleicht letzte Chance wurde veran. Der Schützband und die KPO wurden verboten, die Arbeiterzeitung, das Zentralorgan der SDAP, wurde unter Vorzensur

zu verlassen, daß die SDAP ihre Mitglieder und Sympathisanten vollständig unter Kontrolle hatten. Für einen Teil der Unternehmer schien es an der Zeit, angesichts der unsicheren Lage eine Gruppe zu fördern, die bis dahin fast bedeutungslos war, aber eine vollständige Zerschlagung der Arbeiterbewegung versprach. Die NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei). Die Nazis versuchten auch, von der Sozialdemokratische entlassene Arbeiter anzupressen. Der entscheidende Teil der Bourgeoisie setzten zunächst noch auf den faschistischen Flügel der Christlich-Sozialen. Die grundsätzliche historische Aufgabe im Sinne des Kapitalismus sowohl von Nazis als auch Austrofaschisten war dieselbe - Kampf gegen die organisierte Arbeiterbewegung, deren Zerschlagung und permanente Unterdrückung.

1932 waren wieder Wahlen. Nur wenige Mandate trennten die SDAP von der absoluten Mehrheit. Und sie versprachen: die absolute Mehrheit zu geben, die Partei gingen mit ihnen. Doch die

zu hindern. Man gründete die 'Sozialistische Jungfront', eine von der Parteispitze geleitete Gruppierung, die aber trotzdem zu einer weiteren Linksentwicklung der Jugendorganisationen bring. Viel Jungsozialisten aus Enttäuschung über die passive Haltung der SDAP zur KPO. Doch die Unternehmer, die Heim-

Geteilte Schuld - Eine Geschichtslüge

Immer wieder wird von verschiedenen 'offiziellen' Historikern a la Hugo Portisch die These von der 'geteilten Schuld' zwischen Sozialdemokratie und bürgerlichen Lager an den Februarkämpfen '34 aufgeworfen. Mit der Feststellung, beide Seiten warden halt radikal gewesen und hätten einfach Fehler gemacht, sollen die Mörder von 1934 entschuldigt und die historischen Zusammenhänge verschleiert werden. Dabei muß jedes fundamentale demokratische Recht gegen den ererbten Widerstand der Bürgerlichen (Christlich-Soziale Partei, Vorgängerin der ÖVP) erkräftigt

werden. Alle Verbesserungen für die Masse der Bevölkerung, die 1918 zu Gestanden werden mußten, wurden von Beginn an von den Unternehmern als 'revolutionärer Schutz' bekämpft. Die Kosten der kapitalistischen Krise, die Ende der 20er Jahre einsetzte, sollten die Arbeiter bezahlen. Die Sozialdemokratie erwies sich als unfähig, die Rechte der Arbeitnehmer durch entschlossenen Kampf zu verteidigen (denn besteht deren Schuld). Durch die immer schwereren Niederlagen der Arbeiterbewegung wurden die Unternehmer mehr und mehr ermutigt, 'endgültig' die Arbeiterbewegung nieder zu werfen. Die 1934 errichtete faschistische

Diktatur setzte den Endpunkt einer über einhundert Jahrezeit dauernde Entwicklung, die mit dem Versuch begann, eine neue, freie, sozialistische Gesellschaftsordnung zu errichten. Auch das Argument, der Austrofaschismus sei notwendig gewesen, um den um viele härteren Nazifaschismus zu verhindern, ist eine Geschichtslüge. Die blutige Unterdrückung der Arbeiterbewegung machte Österreich zur leichten Beute für Hitler. Schuschning hingegen holte Nazis in die Regierung und ließ keinen einzigen Schuß beim Anschluß 1938 abgeben: 'Weil Deutsche nicht auf Deutschland schießen'.

Austrofaschismus

Überall in Europa tauchten mit Ende des ersten Weltkrieges faschistische Gruppen auf, die im Zuge der Klassenkämpfe und des Versagens der Arbeiterorganisationen in den 20er und 30er zu Massenkräften wurden. Trotz unterschiedlicher Ausformungen und Stärke in den verschiedenen Ländern war ihre historische Rolle und ihr Programm im Grunde Überall das selbe: Es waren militante Organisationen die vor allem durch die Krise rümierte Kleinbürgertum und Lumpenproletariat organisiert. Ihre Programme waren von extremen Antikommunismus, Rassismus und Nationalismus geprägt. Ihre Aufgabe war es die organisierte Arbeiterbewegung zu erschüttern, bzw. ab einem gewissen Punkt zu zerschlagen. Im Inneren galt es diese Zerschlagung durch eine umfassende politische, 'Umnagungs' der Gesellschaft (Ständestaat, Volksgemeinschaft) aufrecht zu erhalten. Im Außenbereich die Mobilisierung für imperialistische Raubzüge (im Sinne der Interessen der Unternehmer nach Rohstoffen und billigen Arbeitskräften) Für die Arbeiterklasse bedeutet das extreme Ausbeutung und vollkommene politische Rechtslosigkeit, bzw. physische Vernichtung der bestmöglichen Schicht.

Die letzten Schritte zur Diktatur

Und 1933 war es dann soweit - die Generalprobe für die Februarkämpfe begann. Anlaß war eine Diskussion im Parlament zu einem großen Eisenbahnerstreik. Wenn man auch den Streik auf der Straße durch den Verrat der Führung verloren hatte (der Grund, warum am 12. Februar 1934 die Eisenbahnen fuhren), so wollte man zumindest im Parlament Ständigtätigkeit beweisen. Nachdem in einer Abstimmung Stimmenmehrheit herrschte, traten nachdem unter alle 3 Nationalratspräsidenten zurück, und die Abstimmung im Sinne ihrer Partei zu beeinflussen. Dies gab Bundeskanzler Dollfuß den Versatz, das Parlament aufzulösen. Der Schützband wurde in Alarmbereitschaft versetzt. Alle wartete auf den Befehl zum Angriff. Doch nichts passierte, auch diese vielleicht letzte Chance wurde veran. Der Schützband und die KPO wurden verboten, die Arbeiterzeitung, das Zentralorgan der SDAP, wurde unter Vorzensur



gestellt. Und als auch noch der Maaufmarsch verboten wurde, lautete die Parole nicht 'Wir lassen uns den Maaufmarsch nicht verbieten', sondern 'Wir gehen friedlich auf die spazieren'. Nicht nur in Österreich, Deutschland und Italien, sondern auch in vielen anderen Ländern in Europa kamen faschistische Diktaturen in dieser Zeit an die Macht. Dies gelang ihnen, weil sie vom Großkapital aus gehalten und politisch unterstützt wurden und die sozialdemokratischen und stalinistischen Parteien lieber den gegenseitigen Kleinkrieg führten, als eine Einheitsfront gegen die Faschisten zu bilden und offensiven Widerstand zu organisieren. Wir haben das Ergebnis gesehen - und sollten daraus unsere Schlüsse ziehen. Denn wer nicht aus den Fehlern der Geschichte lernt, ist gezwungen, sie zu wiederholen. In vielen Ländern hat sich gezeigt, daß die Arbeiterklasse durchaus bereit war mit der Waffe in der Hand die faschistische Gefahr zu bekämpfen. Was gefolgt hat, war 'nur' eine starke revolutionäre Partei, die diesen Kampf erfolgreich hätte führen und organisiert können.

Jetzt ist es da! Das neue VORWÄRTS, jetzt größer und noch besser! Das neue VORWÄRTS kann man jetzt noch leichter abonnieren. Einfach Karte ausfüllen, Marke drauf und ab die Post! *Ja, das neue VORWÄRTS gefällt mir, deshalb möchte ich:*

- Eine Probenummer gratis!
- Ein VORWÄRTS-FÖRDERABO:
- 5 Nummern zu 65 50 (inkl. Porto)
- 5 Nummern zu 65 100 (inkl. Porto)
- 10 Nummern zu 65 100 (inkl. Porto)
- 10 Nummern zu 65 200 (inkl. Porto)
- Ich interessiere mich für die aktive Arbeit von VORWÄRTS und möchte:
- mich persönlich mit einem VORWÄRTS-UNTERSTÜTZER treffen
- zu Veranstaltungen eingeladen werden
- VORWÄRTS zum Weiterverkaufen (Bezahlung folgt nach dem Verkauf)
- Ich möchte eine Liste aller eurer Materialien (Broschüren, Bücher, T-Shirts, ...)

Dafür kämpft VORWÄRTS:

- ★ Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn!
- ★ 12.000,- Mindestlohn netto für alle Arbeitnehmers!
- ★ Einen garantierten Ausbildungsplatz für jeden und demokratische Schulden!
- ★ 30 m² Wohnraum für jeden, Mieten bis max. 20% des Nettoeinkommens!
- ★ Rigorose Bestrafung aller Umweltverbrechen, bei radikaler Verschärfung der Auflagen. Drohen Unternehmen mit Arbeitsplanbau, müssen sie entgegen werden!
- ★ Schluß mit Sozialabbau und Privatisierungspolitik!
- ★ Kein Ausverkauf der Verstaatlichten!
- ★ Für eine SPÖ-Aleinregierung mit sozialistischem Programm!
- ★ Vergeß nicht die alten großen Konzerne und Überführung in demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung!
- ★ Facharbeiterlohn für Funktionäre, um bürokratische Auswüchse zu verhindern!
- ★ Ein sozialistisches Europa als erster Schritt zu einer neuen Weltordnung!

KAMPFFONDS

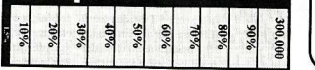
277.197,4 machte der Kampffonds 1993 aus: das sind über 100% unseres Zieles von 275.000,-!!! Erreichen konnten wir es nur dank Eurer Hilfe und Eurer Spenden. Besonders hat sich das auf unserer 10-Jahre-VORWÄRTS-Veranstaltung am 16. Dezember gezeigt, auf der insgesamt 65 27.335,50 gespendet wurden. Die größte Einzelspende war 3000,- und es gab eine Reihe von Spenden zwischen 65 500,- und 65 2000,-. Besonders gefreut haben uns die Spenden von Mitgliedern der SJ 9, die insgesamt 100,- aufbrachten und die Spende von Kollegen Peter Weidner, der 500,- plus zwei Bücher für unsere Bibliothek spendete. Eure Unterstützung hat unsere Arbeit im Jahr 1993 ermöglicht - Herausgabe unserer Zeitung, Kampagnen gegen das Aufenthaltsgesetz, gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, gegen Sozialabbau und für ein sozialistisches Südafrika. Für 1994 aber wird eure Unterstützung noch wichtiger. Nach allem, was in letzter Zeit von diversen Politikern "aufbaut" wurde, waren die Kürzungen von '93 nur ein schwaches Vorsepiel zu dem, was jetzt folgen soll. 1994 soll, wenn es nach dem Willen der Unternehmer geht, das Jahr des Sozialabbau, der Lohn- und Arbeitsbedingungen werden. Daher ist es jetzt noch wichtiger, daß es eine soziale Bewegung gibt, die dagegen kämpft. Wir wollen auch in diesem Jahr gegen "die da oben" schreiben - gegen Bosse und Bonzen. Ab Mai '94 wollen wir öfter, nämlich monatlich erscheinen. Also helft uns, unsere Zeitung und unsere Arbeit zu verbessern, damit wir noch mehr Unterstützern für sozialistische Ideen gewinnen können.

Termine:

Jänner:
19.1.94: „Stopp! Haider“ - wie, daß diskutiert die ANTiFA WEST
20.1.94: „Sozialabbau - Wir wehren uns“ - diskutiert die ANTiFA-NORD
21.1.94: „Lehre - Ausbildung oder Ausbeutung?“ fragt sich die LEHRLINGSGRUPPE DES ANTiFA-KOMITEES
25.1.94: „Nulltarif auf öffentlichen Verkehrsmitteln“ fordert die JUNGE GEGENHÄLTUNG MARGARETEN
28.1.94: „Kerzenhalten Bombenschreien oder was?“ - Was macht JUGEND GEGEN RASSISMUS IN EUROPA International? Darüber diskutiert die ANTiFA-SÜD

Februar:
„Let's Talk about Sex“ Themenschwerpunkt Sexualität! Behandelt werden Themen wie Sexualität und Werbung, Drogen, Gewalt und Schelte in der SoZIALiStischen JUGEND LANDSTRASSE/GRUPPE COMMUNE
2.2.94: „Hast Du keine Wohnung? Wer ist bloß daran schuld?“ - Das wollen wir - die SoZIALiStische JUGEND MARIAnHILF klarstellen!
12.2.94: „Ein ganzer Tag zum 12. Februar '34“ bei JUGEND GEGEN Faschismus WIENERNEUSTADT: Ab 9 Uhr Infostand in der Fußgängerzone beim Hauptplatz
ab 17 Uhr Vortrag und Diskussion mit einem Zeitzeugen im Pinguin (am Domplatz) und anschließend Film und Livekonzert
ANtiFA-Nord: jeden Donnerstag 18 Uhr 45 20, Friedrich-Engels-Platz, Straßenbahnstation, anschließend beim Chinesen
ANtiFA-West: jeden Mittwoch 19 Uhr 15, Haackeng. 13
ANtiFA-Süd: jeden Freitag 19 Uhr 5, „Polipunkt“ Reinpreiskirchendorferstr.6
ANtiFA-Lehrungsgruppe: jeden Freitag 19 Uhr 7, Siebenstern.31

KampffondsAktuell



Aktion SPENDEN LEICHTGEMACHT!

Du findest, daß wir gute Arbeit machen und VORWÄRTS eine gute Zeitung ist! Dann hast Du Dir sicher schon einmal gedacht, daß Du uns gerne unterstützen würdest. Denn Unterstützung ist für uns lebenswichtig. Dazu gehört der Verkauf unserer Zeitung, die Beteiligung an Aktionen und Veranstaltungen und finanzielle Unterstützung. Wenn Du uns finanziell unterstützen willst, ganz einfach. Am einfachsten geht das mit einem Dauerauftrag direkt von Deinem Konto. Da wir keine Subventionen bekommen, oder Werbung für irgendwelche Unternehmen machen, sind wir auf die Spenden unserer Leser und Unterstützer angewiesen!

PSK 8812.733

Wo Ihr uns treffen könnt:

Sozialistische Jugend 3/ COMMUNE
jeden Mittwoch 19 Uhr 3, Zentrum Erdberg, Lechnerstr.2-4
Junge Generation 5: jeden Mittwoch 19 Uhr 5, Jugendzentrum Grünwaldg.4

Sozialistische Jugend 6: jeden Dienstag 19 Uhr 6, Wallg.4

Sozialistische Jugend 20: jeden Mittwoch 19 Uhr 20, Marchfeldstr.16-18/4 Sektion 17

ANtiFA-Süd: jeden Freitag 19 Uhr 5, „Polipunkt“ Reinpreiskirchendorferstr.6

ANtiFA-West: jeden Mittwoch 19 Uhr 15, Haackeng. 13

ANtiFA-Nord: jeden Donnerstag 18 Uhr 45 20, Friedrich-Engels-Platz, Straßenbahnstation, anschließend beim Chinesen

ANtiFA-Lehrungsgruppe: jeden Freitag 19 Uhr 7, Siebenstern.31

Jugend gegen Faschismus (JRG) Wiener Neustadt: jeden Dienstag 18 Uhr 30 Pinguin - Domplatz, Wr. Neustadt

Internationales

Indio-Aufstand in Mexiko

Mit dem NAFTA-Vertrag, der ab 1.1.94 wirksam ist, kommt es zu immensen Verschlechterungen für die Indios in Mexiko. Seit den 30er Jahren hatten sie gemeinsames Land pachten dürfen, das von den Großgrundbesitzern nicht gekauft werden durfte. Das wurde nun für den NAFTA-Vertrag geändert. In Folge fürchten die Indios, ihr Land an mehrere Großgrundbesitzer zu verlieren. Dagegen, aber auch gegen die wirtschaftliche und politische Unterdrückung, richtete sich der Aufstand der Indios, der mit 1.1.94 im Bundesstaat Chiapas im Süden Mexikos begann. Dies ist die ärmste Provinz Mexikos, 75% der Bevölkerung sind Indios - letztes Jahr verhungerten 15.000 von ihnen. Geführt wird der Aufstand von der „Zapatistischen Befreiungsarmee“ (benannt nach Emilio Zapata, der in der Mexikanischen Revolution anfang des Jahrhunderts eine führende Rolle bei den armen Kleinbauern und Landlosen spielte). Die Indios-helfen mehrere Orte besetzt und rufen zum Protest gegen Militär und Regierung auf. Die bewaffneten Indios gehen immer wieder in die Offensive gegen das Militär. In den letzten Jahren ist es wiederholt zu Kämpfen zwischen dem Militär und den Campesinos gekommen. Die reiche Oligarchie fürchtet um ihren Besitz und setzt daher das von den USA hochgerüstete Militär ein überaus brutal vorgeht.

Die LDPR sprach die Ängste der Leuten. Vor allem in der Armee und bei Beschäftigten des militärisch-industriellen Komplexes schritt sie überdurchschnittlich gut vor. Wie viele andere rechtsextreme Populisten auch, verspricht Schirinowski alles, z.B. die Verdröpfung des Lebensstandards in drei Monaten - aber

131.000 Jobs verloren
193.000.000 131.000 Beschäftigte im Flugzeugbau ihren Job, 1994 werden es 49.000 sein. Seit 1989 werden 35% der Beschäftigten abgebaut. Gleichzeitig gab es 1993 Rekordgewinne von 5 Milliarden Dollar - Wer hat die wohl bekommen?!

Parteienfinanzierung
Der deutsche Bundesverfassungsgesichtshof hat die großzügige Bedienung der Parteien mit Steuern für verfassungswidrig erklärt. Trotzdem werden sich die Parteien 1994 über die Obergrenze von 230 Millionen DM hinaus weitere 170 Millionen erhöhen. Diese Zahlungen unethisch, wenn diese Zahlungen unethisch sind, dürfen die Parteien das Geld behalten. Es müssen nunmal alle (?) den Gürtel eng schnallen.

VW-Bosse haben noch nicht genug
Kaum wurde die „Einigung“ über die 4-Tage-Woche mit Lohnkürzungen erzielt, preschte die Unternehmensleitung weiter vor. Diese Regelung sei nicht genug, man müsse weiter gehen. Überlegt werden Modelle mit 3 Monaten „Urlaub“ (natürlich unbezahlt) pro Jahr und Modelle, bei denen jüngere die Geld für eine eigene Wohnung brauchen etc.) und ältere (bei denen das den Pensionsanspruch reduzieren würde) weniger arbeiten. Wenn man den Bossen den kleinen Finger reicht wollen sie gleich die ganze Hand - gratis!

Rußland: Wahlsieg der Rechten

Die Wahlen in Rußland Ende 93 waren kein Sieg für Jelzin. Die Wahlbeteiligung nur bei 50%. Die rechtsextreme ultranationalistische, sogenannte „Liberal Demokratische Partei Rußlands“ hat die meisten Stimmen erreicht. Ihr Führer Schirinowski schlägt faschistische Töne an. Er hat gute Kontakte zu Faschisten in West- und Osteuropa.

Situation Rußlands

Die Sowjetunion wurde Ende 1991 aufgelöst. Jelzins „Reformen“ begannen am 2.1.92. Damals verkündete er, daß die Schocktherapie, die der Bevölkerung enorme Opfer abverlangt, 8 Monate andauern würde und ab September 1992 aufeinanderwies der gewählte Lebensstandard und die soziale Absicherung wieder hergestellt werden könnten. Gleichzeitig sagte er, keine Lebensstandard wie in Westeuropa voraus. Rußland exportiert fast nur Rohstoffe und wird auf dem Weltmarkt

aber den Status eines Drittwellenlandes haben. Die Schocktherapie hat eben in Wirklichkeit verheerendsten Folgen: starkes Abanken der Realeinkommen und eine dramatische Umverteilung von unten nach oben. Die Realeinkommen sind 1992-93 auf mindestens 1/3, für manche auf 1/4 oder 1/6 gefallen. Die Einkommensunterschiede sind um 600 - 700% gestiegen. Die Preise wurden weitgehend freigegeben. Die Zahlen für die Armutsgrenze wurden nach unten geschoben, sonst läge der Satz bei 80%! Aber an der Realität ändert dies natürlich nichts.

Der Sinn davon ist es, die Kosten der Einführung des Kapitalismus gegenenteil: Kapitalisten wollen und brauchen einen starken von Parteientschlüssen und von den Interessen der Arbeiterschaft unabhängigen Präsidenten für ihre Politik. Jelzin sitzt nicht fest im Sattel, deswegen wird er sein Heil in der Diktatur suchen.

Aber die Schocktherapie funktioniert nicht. Der Schock dauert seit Anfang 92 an. Das Resultat ist eine stetige Inflation, die Prognosen selbst nur zwei oder drei Monate ungenau geschoben, sonst läge der Satz bei 80%! Aber an der Realität ändert dies natürlich nichts.

Der Sinn davon ist es, die Kosten der Einführung des Kapitalismus

durch die Drosselung des Lebensstandards der breiten Massen auf das Volk zu weiten. Der Preis der Arbeitskraft auf unter ihren Wert gedrückt. Es ist klar, daß Jelzin, wenn er so ein arbeitserfendliches Programm durchziehen will, weitgehend diktatorische Vollmachten braucht. Eines wird dadurch aber widerlegt: Daß Marktwirtschaft und Demokratie zueinander gehören. Im

langt, 8 Monate andauern würde und ab September 1992 aufeinanderwies der gewählte Lebensstandard und die soziale Absicherung wieder hergestellt werden könnten. Gleichzeitig sagte er, keine Lebensstandard wie in Westeuropa voraus. Rußland exportiert fast nur Rohstoffe und wird auf dem Weltmarkt

aber den Status eines Drittwellenlandes haben. Die Schocktherapie hat eben in Wirklichkeit verheerendsten Folgen: starkes Abanken der Realeinkommen und eine dramatische Umverteilung von unten nach oben. Die Realeinkommen sind 1992-93 auf mindestens 1/3, für manche auf 1/4 oder 1/6 gefallen. Die Einkommensunterschiede sind um 600 - 700% gestiegen. Die Preise wurden weitgehend freigegeben. Die Zahlen für die Armutsgrenze wurden nach unten geschoben, sonst läge der Satz bei 80%! Aber an der Realität ändert dies natürlich nichts.

Der Sinn davon ist es, die Kosten der Einführung des Kapitalismus



Es ist unwahrscheinlich, daß Jelzin die LDPR in seiner Regierung einladen wird. Das wäre nicht im Interesse des Westens. Aber so wird Schirinowski in der Opposition mit seiner rechtsextremen Demagogie noch mehr Unterstützung in der verarmten Bevölkerung bekommen.

Marktwirtschaft ist keine Lösung für die Arbeiter Rußlands. Sie führt in eine soziale und wirtschaftliche Katastrophe. Die Arbeiter müssen ihr Schicksal in ihre eigenen Hände nehmen. 30.000 Ötarbeiter, die gestreikt haben, oder der Bergarbeiterstreik in Wokuta während den Wahlen zeigen die mögliche Stärke der Arbeiterklasse. Während die Kapitalisten, Bürokraten und Militärs den Staatsapparat, das Parlament und die Wirtschaft haben, hat Arbeiterschaft noch keine. Eine linksweitere Partei, die sich entschließen, um ihre Interessen zu vertreten und die Nationalisten, Schwarzmarktkapitalisten, Mafia, Ausbeuter und faschistischen Mächtigen entgegenzusetzen wie Schirinowski zum Teufel zu jagen zu können.

der Produktionsbereich wird massen zerstört. Die russische Gesellschaft ist in einem Zustand des Verfalls. Die marktwirtschaftlichen Reformen haben alle wirtschaftlichen Widersprüche und Probleme weiter zuspitzt. Die Verteilung des Reichtums zwischen den Reichen und den ärmsten 10% der Bevölkerung entspricht dem Verhältnis von 26:1. Altersturm und Bettel sind Normalität. Für das Gesundheits- und Sozialwesen gibt es kein Geld. Nur Reiche können sich halbwegs gute ärztliche Versorgung leisten.

Es ist unwahrscheinlich, daß Jelzin die LDPR in seiner Regierung einladen wird. Das wäre nicht im Interesse des Westens. Aber so wird Schirinowski in der Opposition mit seiner rechtsextremen Demagogie noch mehr Unterstützung in der verarmten Bevölkerung bekommen.

Marktwirtschaft ist keine Lösung für die Arbeiter Rußlands. Sie führt in eine soziale und wirtschaftliche Katastrophe. Die Arbeiter müssen ihr Schicksal in ihre eigenen Hände nehmen. 30.000 Ötarbeiter, die gestreikt haben, oder der Bergarbeiterstreik in Wokuta während den Wahlen zeigen die mögliche Stärke der Arbeiterklasse. Während die Kapitalisten, Bürokraten und Militärs den Staatsapparat, das Parlament und die Wirtschaft haben, hat Arbeiterschaft noch keine. Eine linksweitere Partei, die sich entschließen, um ihre Interessen zu vertreten und die Nationalisten, Schwarzmarktkapitalisten, Mafia, Ausbeuter und faschistischen Mächtigen entgegenzusetzen wie Schirinowski zum Teufel zu jagen zu können.

David Mum
SPÖ-Mitglied

VORWÄRTS Jugend und Kultur

Der Filmtip

Isabell Allendes Bücher gehen wie die warmen Semmel. Was lag also näher, als endlich eines davon zu verfilmen und auf diesem Wege Extraprofite einzustreifen. Chiles Geschichte des 20. Jahrhunderts bis 1973 (dem Putsch Pinochets bildet den Rahmen. Und der ist sicherlich nicht schlecht: Unglaubliche Ausbeutung und Unterdrückung der Landarbeit, sogenannte Reichtum und frische Arroganz der herrschenden Klasse, korrupte Polizisten und Militärs, beginnende gewerkschaftliche Organisation, ... Die Story selbst ist banal und unpolitisch: Mystisch begnadete Mädchen (gut) und Tochter eines Präsidentschaftskandidaten heiratet nach dem Tod ihrer Schwester durch Gift (wie dramatisch), deren Verlobten. Selber bringt es dieser zu Reichtum und entwickelt sich zum ausbeuterischen Machoschwärmer. Die Frau (eigentlich) ist zum ausbeuterischen Machoschwärmer, der den „Auführer“ (der „Zukunft“) Liebhaber seiner Tochter ist) ausspielt. Frauen vergehentlich und seine Schwester (eine „alte Jungfer“) wird schlecht behandelt. Gewürzt wird das ganze durch eine

Der Buchtip

Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus

Herausgeber: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes Verlag Deuticke, ISBN 3-216-30053-6/1993, Preis 65 398,-

Dieses, vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes herausgegebene Buch ist wohl die umfassendste Analyse und Bestandsaufnahme des heimischen Rechtsextremismus. Es nennt sowohl rechtsextreme und neonazistische Vereine, Parteien und Zeitschriften, als auch deren Funktionäre und Aktivisten samt ihren Verbindungen im In- und Ausland.
Drei Exkreise sind einer der wohl „bedeutendsten“ rechtsextremen Zeitschriften, der FPÖ-nahe „Aula“, dem „Österreichischen Turnerbund“ als größter Vorfeldorganisation des Rechtsextremismus mit ungefähr 70.000 Mitgliedern und den „Kameradschaftsbünden“ gewidmet.
Ein umfassendes Kapitel beschäftigt sich mit dem Phänomen „FPÖ“. Zitat: „Daß die FPÖ heute nicht mehr am Rande in die Darstellung einbe-

rechtzeitig die Arbeiterschaft zu beauftragt, der Putsch selbst wird so dargestellt, als ob ein paar ungebildete Halbaffen die Macht ergreifen, um Linke und „etablierte“ Rechte (Großgrundbesitzer und Kapitalisten) gleichermaßen zu unterdrücken. Daß die Unternehmer die Diktator wollen und brauchen, um ihre Macht vor der Arbeiterklasse zu retten, wird „vergessen“. Wer sich zwei Stunden mit einer hervorragend geschriebenen Familienchronik unterhalten will, ist sicherlich gut beraten sich den Streifen anzusehen. Wer einen politischen Film erwartet, sollte besser draußen bleiben.

Italien: Knapper Sieg der Linken

Die Wahl in Italien Ende November galt als Test für die vom Korruptionsskandal krisengeschüttelten, traditionellen Parteien, die Christdemokraten (DC) und die Sozialisten (PSI). Die zwei Regierungsparteien sind von gemeinsam 48 Prozent bei den letzten Wahlen auf 15 Prozent abgestürzt.

Jeder direkt Parlamentarier, fast die gesamte Wirtschaftsprüfung, tausende Unternehmer und 50.000 Staatsangestellte stehen unter Korruptionsverdacht. Vier ehemalige Regierungschefs und ein Dutzend ehemaliger Minister müssen sich vor Gericht verantworten. Verscharf wird die angespannte Situation durch ein Kürzungs- und Privatisierungsprogramm.

Die Sieger der Wahlen

Die neue politische Szene wird geprägt von den Neofaschisten (MSI) und der Lega Nord auf der einen Seite, der Partei der Demokratischen Linken (PDS), ehemalige Kommunistische Partei/Jugend der Rifundazione Comunista (RC, linke Abspaltung der PDS) auf der anderen Seite. Als neue politische „Mitte“ versuchen sich die Anti-Mafia Bewegung La

Rate und die Grünen.
Die MSI konnte vor allem in Südtalien und Rom starke Gewinne verzeichnen. In Neapel erreichte sie mit Alessandra Mussolini 31,1% in Rom 36,2%. Die Wählerschaft der MSI besteht hauptsächlich aus ehemaligen DC-Wählern. Sie sind zum größten Teil Protestwähler und keine Faschisten. Außerdem konnte sie in Vorstädten und Endvierteln mit hoher Kriminalität gewinnen. Unterstützung bekamen sie z.B. von Medienzür Berlusconi, Herrscher über Italiens Privatfernsehen, Europas zweitgrößter Verleger und Besitzer des AC Milan. Er erklärte nach den Wahlen, daß die MSI in Rom das Wahlergebnis sei. Die Partei der Verborgenen für einige Stunden aus Protest die Arbeit niederlegen.

Die Lega Nord (LN) konnte in Norditalien durchschnitlich 25% erreichen, erzielte aber ein schlechteres Resultat als bei den letzten Kommunalwahlen und blieb vierstimmig hinter den Linken.

Die „Linke“

Die PDS konnte sich als „neue alte“ Arbeiterpartei als Alternative zu den Faschisten und zur Korruption be-

haupten. Sie erreichte durchschnittlich 40-45% und ist die einzige Partei, die in ganz Italien stark ist - wenn auch teilweise mit der Unterstützung der kleineren Arbeiterpartei. Die PDS hat die Stimmen hauptsächlich aus Ablehnung gegenüber den traditionellen Parteien und den Faschisten erhalten.

Selbst viele Bürgerliche (unter anderem die „Finanzal Times“) sehen in der PDS die einzige Möglichkeit, die marode Wirtschaft zu sanieren und die Einheit Italiens zu sichern - zurecht dafür, daß die Bürgerlichen kaum wissen, daß die PDS an den Eigentumsverhältnissen nichts ändern will.

Die RC, eine Linksabspaltung der PDS, konnte in weiten Teilen Italiens ihren Stimmenanteil verdoppeln. Bei den Stichwahlen für die Bürgermeisterämter gewannen in den Großstädten durchwegs die Linken.

Italiens Zukunft

In Italien findet ein Prozeß der Radikalisierung und Polarisierung statt. Das alte politische System ist tot. Diese Situation wirkt sich widersprüchlich aus. Die PDS, auf deren Überleben vor kurzem kaum jemand etwas gegeben hätte, ist landsdesweit

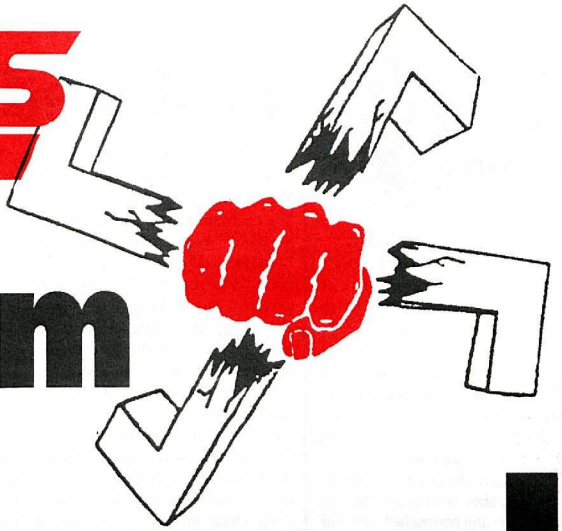
die stärkste Partei geworden. Gleichzeitig es zunehmende Ausrüstung dieser Organisation und vielen Gewerkschaften. Man wählt sie, aber ohne Illusionen in deren Politik.

Wäre es eine große sozialistische Partei der Arbeiterschaft gäbe, könnte jetzt in Italien das gesamte korrupte System weggefegt werden. Doch die PDS- und Gewerkschaftler machen genau das Gegenteil. PDS-Chef Occhetto erklärt seine Unterstützung für den Sparhaushalt und bot seine Mitarbeit in einer „Allianz der nationalen Rettung“ nach dem voraussichtlich im Frühjahr stattfindenden Parlamentenwahlen an. Doch die Arbeiterklasse will eine Veränderung. So gab es z.B. am 28.10.93 einen landesweiten vierstündigen Generalstreik.

Erst durch das Fehlen einer starken revolutionären Kraft wurden die Erfolge der Faschisten möglich. Auch in Zukunft sind Wahlsiege dieser oder anderer sozialistischer Partei die Kämpfe der Arbeiterschaft zusammenzufassen und auf eine „politische“ Ebene bringt, möglich und wahrscheinlich. Doch vorerst wurden die Rechten noch einmal in die Schranken verwiesen.

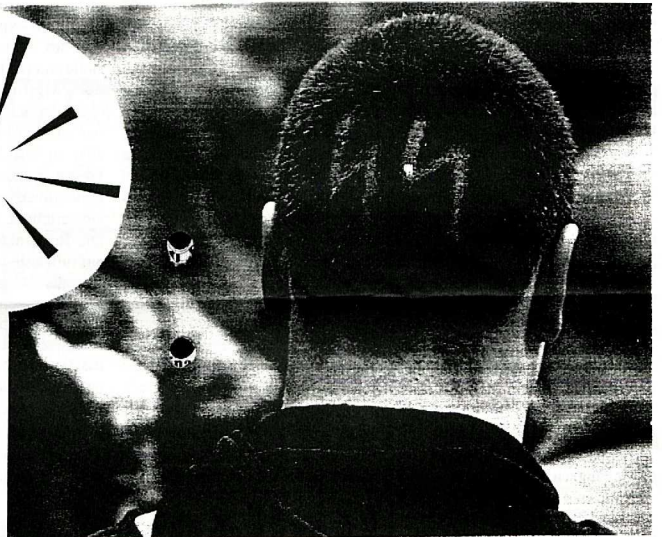
Richard Klug, Vorsitzender SJ 6

Kampf dem Naziterror!



Was verbindet
Haider

... mit ihm?



Anfang Dezember eröffnete die europäische Nazi-Szene die Aktionswoche zur Befreiung des selbsternannten „Führers“ Kissel, der in Österreich wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung hinter Gitter sitzt. 10 Briefbomben wurden an prominente Personen verschickt. Die Bomben gingen an Leute, die sich für die Gleichberechtigung von Flüchtlingen und Ausländern einsetzen und an Politiker, die als Feindbild für die österreichischen Nazis herhalten müssen. Zilk, Dohnal und auch Schüller sind wiederholt als „Volksfeinde“ in Nazi-Schmierblättern bezeichnet worden.

FPÖ legte die Lunte

Im Falle eines Jörg Haider klingt Betroffenheit über die Attentate besonders heuchlerisch. War es nicht er, der jahrelang das ausländerfeindliche Klima anheizte, der seit Jahren Ausländern die Schuld an Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Lohndruck gibt? War es nicht er, der jahrelang durch seine Politik rassistisches Gedankengut wieder salonfähig machte? Das „Ausländervolksbegehren“ der FPÖ machte rechte Stimmung. Die rechten Bombenbastler sehen sich selbst nur als Speerspitze einer rechten, ausländerfeindlichen „Bewegung“. Haider stellt sich bewusst immer wieder in die faschistischen Traditionen in Österreich und fördert ausländerfeindliche Stimmung.

Natürlich schöpften die Nazis neuen Mut und krochen in solch „freundlichem“ Klima aus ihren Löchern.

Auch bei den Attentaten selbst gibt es Verbindungen zur FPÖ. Einer der mutmaßlichen Attentäter ist laut Angaben seiner Eltern „nur ein Haider-Fan“ (Profil). Der ominöse Graf Rüdiger von Starheimberg wurde in der Zeitung der AFP (Aktionsgemeinschaft für demokratische Politik) „Kommentare zum Zeitgeschehen“ oftmals als Befreier der Österreicher von der „Türkengefahr“ gefeiert. Auch die FPÖ sprach in ihrem Wahlkampf von den Türkenkriegen. So meinte Jörg Haider etwa, daß wir nicht die Türken 1683 erfolgreich vertrieben haben, damit sie jetzt auf Umwegen doch zu uns kommen.

Um die AFP sammeln sich Neonazis, Rechtsextreme und auch FPÖler. Der bekannteste ist Mölzer (FPÖ), der ungestraft vor „Umvolkung“ warnen kann. Mölzer ist ein strammer Rechtsextremer, der Haiders rechten Populismus ideologisch auspolstert. Er ist Chefredakteur der Aula, der

Zeitung der Freiheitlichen Akademikerverbände. Die Aula gilt als wichtigstes Bindeglied zwischen Rechtsextremen und der FPÖ. Er referiert auch auf AFP-„Ausbildungsseminaren“. Die Querverbindungen zwischen FPÖ und AFP sind bekannt. Die AFP veranstaltet Jugendheimabende, Weihnachtsfeiern und Diskussionsabende. Auf diesen Feiern sind Deutschlandlied und Hitlergruß gang und gebe. Angesichts dieser Verbindungen kann Haider sich auch durch die Verdoppelung der Täterergreifungsprämie nicht freikaufen. Das ist nur Propaganda. Haiders heuchlerische Beteuerung, er sei auch gegen terroristische Gewalt von rechts, ist unglaubwürdig und zynisch. Die mutmaßlichen rechten Attentäter wie auch rechtsextreme Gruppen, wie die AFP, unterstützen die FPÖ. Haiders Partei selbst wird zum Sammelbecken von rechtsextremen Politikern, die die Briefbomben, wie Haider als „Notwehr“ der deutschsprachigen Inländer gegen die „Umvolkung“ rechtfertigen.

Die Mitschuld der Regierung

Doch auch die Regierung fördert die Stimmung für rassistische Gewalt. Mit ihren rassistischen Ausländergesetzen macht sie unsere ausländischen

KollegInnen offiziell zum Sündenbock und verschlimmert die rechtliche und soziale Situation für Ausländer. Die Regierung erfüllt die Forderungen der Rechten und Haiders FPÖ. Ausländer müssen auch bei der Regierung als Sündenböcke für Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot herhalten. Nur, die ausländischen KollegInnen und Flüchtlinge sind die sozial und politisch Schwächsten in der Gesellschaft und leiden wie die österreichischen Arbeitnehmer unter Sozialabbau und Lohndruck. Die Ausländergesetze heizen die ausländerfeindliche Stimmung im Land wesentlich an. Die Nazis fühlen sich durch die Gesetze bestätigt, denn sie sehen sich selbst auf dem richtigen Weg.

Die „antifaschistische“ Polizei

Mit diesen Attentaten hat die rassistische Gewalt in Österreich einen neuen Höhepunkt erreicht. Doch die Reaktion und vollmundige Distanzierung der Regierung (und der FPÖ) von „der Gewalt“ steht im Widerspruch zur durchaus gewalttätigen Politik bei der Abschiebung von Ausländern, Ablehnung von Asylanträgen, polizeilicher Verfolgung von Linken und politisch aktiven Ausländern usw...

Eine Woche nach den Bombenattentaten zeigte sich wiederum der wahre Charakter unserer „Freunde in grün“. Bei einer Demo gegen eine Faschisten-Veranstaltung (Julfest von Rosenkranz, der das Nazi-Schmierblatt „Fakten“ herausgibt) rückten 300 Polizisten an, um die 70 Antifaschisten zu terrorisieren. Während die Nazis hinter dem Polizeiaufmarsch eine Party feierten, kesselte die Polizei, mit Stöcken, Helmen und Schildern bewaffnet, die Demonstranten ein, schlugen mit den Schildern in die Menge und provozierten mit Schimpfparolen. Mehrere Antifaschisten wurden verletzt. So sieht also der „antifaschistische Kampf“ der Polizei aus. Auf der Julfeier gab es Lob für die Bombenbastler. Nebenbei wurde auch ein Fotograf des Standards von den „Besuchern“ der Veranstaltung verprügelt.

Wir können uns nicht auf Polizei und Gerichte verlassen. Wir müssen Nazis, FPÖ und rassistische Ausländergesetze selbst bekämpfen und Widerstand organisieren. Die Wahrheit über die Nazi-Schläger und über die FPÖ liegt auf dem Tisch.

Jetzt ist es allerhöchste Zeit, Widerstand gegen rechte, rassistische Gewalt zu mobilisieren!

Severin Mahrer, Antifa Süd